

die in einem solchen Falle wahrscheinlicher Weise eintretenden Zustände ein Bild zu machen.

Der deutsche Buchhandel und das Buchgewerbe überhaupt haben Formen angenommen, die zu einem derartigen Experiment reizen, d. h. bewirken könnten, daß dieser Zweig des deutschen Wirtschaftslebens als reif zur Vergesellschaftung gefunden werden würde. Kein anderer Zweig unseres Wirtschaftslebens ist gleich großzügig organisiert wie der Buchhandel. Er hat außerdem eine große Anzahl in sich selbst wieder gut organisierter großer Institute, und was die Hauptsache ist: wer das Buch in Händen hat, kann auch einen gewaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben.

Nehmen wir an, es würde versucht werden, das Buchgewerbe zu verstaatlichen, so stünden zwei Wege offen. Entweder könnte der Staat die großen Verlegerinstitute, die sich in ihrem Aufbau am besten einer großen Organisation einfügen würden, allein erwerben, oder aber gleich das ganze Gewerbe, mit allem, was drum und dran hängt, monopolisieren.

Besehen wir einmal den ersten Fall:

Der Zweck der Vergesellschaftung wäre doch in erster Linie, dem an der Herstellung und dem Vertrieb des Buches beteiligten Personal bessere Existenzbedingungen zu bieten und trotzdem dem Staate einen Überschuß zu bringen, der die sonstigen staatlichen Aufgaben erleichtern würde.

Wäre dieses Ziel erreichbar? — Man muß, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen, zweierlei unterscheiden: die mechanische Herstellung des Buches und das eigentliche Verlagsgeschäft. Erstere soweit zu verbilligen, daß bei gleichen Preisen höhere Löhne und Gehälter bezahlt werden können, ist unter normalen Verhältnissen recht unwahrscheinlich, da unsere Großdruckereien die modernsten technischen Einrichtungen bereits besitzen. Nur dann wäre eine Verbilligung möglich, wenn die Durchschnittsauslage unter staatlicher Obhut größer würde, d. h. wenn es der Verlagsabteilung gelingen würde, den Geschmack des großen Publikums besser zu treffen als der private Verleger. — Besteht nur irgendeine Wahrscheinlichkeit, daß dies erreichbar ist? — Das Schrifttum der Zukunft wird im Zeichen eines wilden Kampfes um die Gestaltung unseres Staatswesens und unseres Wirtschaftslebens stehen, und auch unsere schöne Literatur wird davon keine Ausnahme machen. Der Problemroman wird in allen möglichen Formen auftreten.

Nun wird wohl kaum jemand annehmen, daß die Neugestaltung der Dinge allgemein befriedige. Das ist unmöglich, auch dann, wenn diese wirklich so vor sich ginge, daß sie für die große Masse eine Verbesserung gegenüber den früheren Verhältnissen brächte. Einer solchen optimistischen Hoffnung steht aber die Tatsache entgegen, daß wir nicht reicher, sondern ärmer geworden sind, daß die Zukunft Arbeit und wieder Arbeit bringt, und dieses Geschenk ist bekanntlich nicht nach jedermanns Geschmack.

Es bleibt nicht aus, daß Vergleiche angestellt werden mit den Zuständen vor 1914, — und gleichviel, ob die Gegenwart dann wirklich besser ist oder nicht: die Vergangenheit hat immer recht, und wer kritisiert, hat ein größeres Publikum als der, der die gegenwärtigen Zustände lobt. Das ist zu allen Zeiten so gewesen und wird so bleiben.

Würde nun wirklich die Regierung der Zukunft objektiver sein als alle anderen Regierungen, die bisher die Welt erlebt hat, und dieser Kritik mit allen Mitteln zum Erfolge zu verhelfen suchen, oder würde sie nur staatszerhaltende Literatur dulden? — Sie könnte es wohl auch dann nicht, wenn sie wollte, weil sie sich damit selbst bekämpfen würde, und so müßte sie das oppositionelle Schrifttum den freien Verlegern überlassen. Die natürliche Folge wäre, daß die staatlichen Verlagsanstalten verkümmern, statt Geld zu bringen, Unsummen verschlingen würden und der Staat entweder die unrentablen Unternehmungen aufgeben oder das gesamte Buchgewerbe monopolisieren müßte.

Was käme nun heraus, wenn der andere Schritt gewagt würde?

Es wäre dann also verboten, private Bücher zu verlegen, und die Einfuhr vom Ausland würde ebenfalls unter staatlicher Kontrolle stehen müssen, weil ja sonst das Monopol durchbrochen würde.

Das käme in erster Linie einer vollkommenen Aufhebung der Pressefreiheit gleich, eine Maßregel, die auf die stärkste Opposition stoßen würde und wahrscheinlich nur diktatorisch durchgeführt werden könnte. Auszuschalten wäre das freie Buch trotzdem nicht. Wie streng auch die Grenzen überwacht würden, das ausländische Buch käme doch herein, ginge von Hand zu Hand, und auch die inländischen Gegner würden nicht schweigen. So entstünden massenhaft geheime Druckereien, und das verbotene Buch würde zu einem Schleichhandelsartikel werden, der seinen Erzeuger und Verbreiter besser ernähren würde als das Monopolbuch trotz staatlicher Zuschüsse. Es würden in kurzer Zeit vollkommen unhaltbare Zustände eintreten, Lüge, Verstellung, Angeberei und alle sonstigen schönen Eigenschaften würden blühen und gedeihen wie noch niemals in der Weltgeschichte, und der Mann, der mit einem kühnen Streich der ganzen Herrlichkeit ein Ende machte, würde als Erlöser begrüßt werden.

Das wäre dann das Ende — der Staat, der ein solches Experiment gewagt hätte, hätte sich damit sein eigenes Grab gegraben. Oder sollte ich mich in den Menschen irren? Sollten diese über Nacht anders geworden sein, dieselben Menschen, die den Staatssozialismus der Kriegszeit zum Scheitern brachten, der bewirken wollte, daß die deutsche Bevölkerung gleichmäßig die Schwierigkeiten der Ernährung trüge? In Wirklichkeit lebten die einen im Überfluß, während die anderen darben mußten und viele Tausende durch Erschöpfung einen frühzeitigen Tod fanden — bis das künstliche Gebäude wie ein Kartenhaus zusammenbrach.

Wer sich über die Erfahrungen des Krieges hinweg diesen Kinder glauben bewahrt hat, mag ein derartiges Projekt für ausführbar ansehen, der großen Masse des deutschen Volkes würde für diese holde Botschaft sicherlich der Glaube fehlen; sie wird kaum im Buch einen geeigneten Monopolartikel erblicken.

Josef Nieder.

Kleine Mitteilungen.

Anzeigen im Börsenblatt. — In der letzten Zeit sind wiederholt Beschwerden, teils bei der Geschäftsstelle, teils unmittelbar bei der Redaktion eingegangen, in denen Klage über Verzögerungen im Erscheinen der Anzeigen oder in der Zusendung der Korrekturen geführt wird. Gemessen an dem früheren Geschäftsgang, der (vgl. § 11 der Bestimmungen über die Verwaltung des Börsenblattes) die Aufnahme der Anzeigen, »die an Wochentagen bis 10 Uhr bei der Geschäftsstelle eingehen, in der Regel in der am nächsten Tage erscheinenden Nummer« gestattete, sind diese Beschwerden nicht unbegründet. Heute ist die Regel zur Ausnahme geworden, da die Herstellung des Börsenblattes unter ganz anderen Voraussetzungen als früher steht. In der Regel liegen heute die umbrochenen Anzeigenseiten schon um 10 Uhr vormittags vor, sodaß selbst die mit der ersten Post eingehenden Anzeigen nur in den wenigsten Fällen noch in der in Vorbereitung befindlichen Nummer berücksichtigt werden können.

Wohl sind die Zensurbeschränkungen jetzt aufgehoben, die es notwendig machten, zahlreiche Anzeigen vor der Aufnahme dem General-Kommando XIX zur Prüfung vorzulegen. Die Hemmungen dieser Zensurmaßnahmen mußten vom Börsenblatt um so stärker empfunden werden, als sein Anzeigenteil ein getreues Abbild aller kulturellen und sozialen Strömungen auch während des Krieges bieten sollte und doch den Vorschriften über die Bücherausfuhr zu genügen hatte. Bei einer nicht an den Ort gebundenen Zeitschrift wie dem Börsenblatt mit seiner Fülle verschiedener gearteter »Neuigkeiten« im Anzeigenteil, die das Klamebedürfnis mancher Verleger noch besonders und oft in nicht zulässiger Weise zu unterstreichen suchte, war es nicht immer leicht, die Wünsche der Inserenten mit den im Fluße der Ereignisse fortwährenden Veränderungen unterworfenen Vorschriften der Zensurbehörden in Einklang zu bringen und Verzögerungen bei der Aufnahme durch An- und Rückfragen zu vermeiden. Zu diesen Schwierigkeiten traten die ständigen Veränderungen in dem Personalbestand der Druckerei und der Geschäftsstelle, meist hervorgerufen durch Einziehungen zum Heer, die ihnen einen großen Teil der besten Kräfte entführten und die notwendigerweise die Herstellung des Börsenblattes ungünstig beeinflussen mußten. In der letzten Zeit ist durch den in Verbindung mit der Revolution auftretenden zweitägigen Streik, der auch die Druckerei des Börsenblattes in Mitleidenschaft zog, die Herstellung der in diesen Tagen eingegangenen Anzeigen erheblich verzögert worden. Namentlich hat darunter die rechtzeitige Fertigstellung der Anzeigen gelitten, von denen die Auftraggeber Korrektur vor Abdruck erbaten. Obwohl die Druckerei alle Kräfte einsetzt,